

## U2 Papier Einigung Bundeshaushalt 2024

Nach dem tiefgreifenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Haushaltspraxis haben der Bundeskanzler und die Regierungsspitzen von Grünen und FDP eine Einigung über den Haushalt 2024 erzielt. Eine maßgebliche Grundlage dafür war der enge Austausch zwischen Partei, Regierung und Fraktion in den vergangenen Tagen.

Es ist zu begrüßen, dass trotz unterschiedlicher Auffassungen der drei Parteien eine Einigung möglich war, die Planungssicherheit und Klarheit für Deutschland bringt. Der offene Versuch von CDU und CSU, in extrem unsicheren Zeiten für Deutschland und Europa einen Bruch der Regierung und Neuwahlen herbeizuführen, ist gescheitert. Es ist gut, dass in diesen Zeiten die Ampel unter Führung der SPD Verantwortung für dieses Land trägt.

**Der SPD-Bundesparteitag hat am Wochenende eine klare Linie vorgegeben, was der Haushalt 2024 leisten muss.** Erstens: Die Modernisierung unseres Landes und damit die Investitionen für Jobs und eine klimaneutrale Industrie müssen weitergehen. Zweitens: Der soziale Zusammenhalt in unserem Land ist für uns unverhandelbar. Und drittens: Wir unterstützen die Ukraine fortwährend in ihrem Kampf gegen die Atommacht Russland. Diese Maßgaben der SPD sind in der Einigung verwirklicht. Wir sind deshalb mit dem gefundenen Kompromiss zufrieden.

- Einen Abbau des Sozialstaats, wie er von breiten Teilen des politischen Spektrums und insbesondere der CDU gefordert wurde, wird es nicht geben! Rentner, Kinder und Jugendliche sowie Menschen in Notlagen sind nicht die Leidtragenden der aktuellen Situation. Die Menschen in Deutschland können sich auf einen starken Staat und soziale Sicherheit verlassen.
- Die Chipfabriken in Ostdeutschland werden genauso weiter finanziert wie die Produktion von grünem Stahl im Saarland und vieles andere mehr. Die Unternehmen können sich auf die Zusagen des Staates für elementare Investitionen, etwa in den Bereichen Stahl, Halbleiter oder Wasserstoffwirtschaft, verlassen.
- Die Ausnahmeregel für die Schuldenbremse wird genutzt, um mit einem Sondervermögen Ahrtal die Menschen nach der schrecklichen Flutkatastrophe und beim Wiederaufbau weiter zu unterstützen.
- Die Ukraine muss bekommen, was sie für ihren Verteidigungskampf gegen Russland benötigt. Sollte es hier im nächsten Jahr zu Mehrbedarfen kommen - zum Beispiel weil andere Länder ihre Unterstützung zurückfahren - wird dafür die Ausnahmeregel der Schuldenbremse genutzt. Die Schuldenbremse wird auch in Zukunft nicht als Ausrede dafür herhalten, die notwendige Unterstützung für die Ukraine in Frage zu stellen.
- Der gezielte Abbau von klimaschädlichen Subventionen ist richtig. Hier werden wir die genauen Auswirkungen überprüfen, um unnötige Härten vor allem im ländlichen Raum zu verhindern.

Nach der Einigung braucht es jetzt zügige Haushaltsberatungen, da konkrete Projekte und Trägerstrukturen daran hängen.

Die SPD hat immer betont, dass sich für eine Einigung im Haushaltsstreit alle Seiten bewegen müssen. Einschnitte in einzelnen Haushaltstiteln sind für die SPD schmerzhaft. All das ist nicht nur durch das weitreichende Urteil des Bundesverfassungsgerichts notwendig geworden, sondern vor allem auch durch starre Regeln der Schuldenbremse, die nicht mehr in die Zeit passen und unser Land unnötig ausbremsen.

Unabhängig von den kurzfristigen Entscheidungen für den Haushalt 2024 rufen wir alle verantwortlichen Parteien in Deutschland dazu auf, mit uns an einer Weiterentwicklung der Schuldenbremse für die kommenden Jahre und Jahrzehnte zu arbeiten. Es ist die Aufgabe aller Regierungsparteien in Bund und Ländern, Antworten zu finden, die den Wohlstand, die

Sicherheit und den sozialen Zusammenhalt unseres Landes nicht gefährden. Wir sind froh, dass dies viele CDU-Ministerpräsidenten genauso sehen. Es wird Zeit, dass sich diejenigen, die innerhalb der Union real Verantwortung tragen, im Sinne unseres Landes durchsetzen, um eine Änderung der Schuldenbremse möglich zu machen.